



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mitglied des Thüringer Landtags, Parlamentarische Geschäftsführerin  
Sprecherin für Bildung, Jugend, Justiz, Migration, Flüchtlinge, Religion, Rassismus und Aufarbeitung

Erfurt/Weimar, 19. Dezember 2016

## **Liebe Freundinnen und Freunde!**

Nun ist es doch schon Jahresende geworden. Die letzten Wochen vergingen - nicht wie im Flug - aber mit extrem vielen Themen, die wir voranbringen wollen oder mit denen wir uns beschäftigen mussten.

Und voranbringen wollen wir noch einiges. Ob in der Fraktion oder in den Arbeitskreisen der Koalition, nahezu alle Themen, die in parlamentarische Initiativen von r2g oder der Landesregierung münden, wurden vorher intensiv besprochen, manches fließt auch in die tägliche Arbeit in den Ministerien ein. Dass es Ideen aus dem Parlament waren, sieht man dann manchmal gar nicht mehr.

So arbeiten wir im Arbeitskreis Bildung der drei Regierungsfractionen derzeit (nachdem wir in der letzten Plenarsitzung endlich das Erwachsenenbildungsgesetz mit erhöhter Grundfinanzierung auf den Weg gebracht haben und uns noch immer die eine oder andere Umsetzungsproblematik, u.a. die Horte quält) vor allem an drei Themen: Da ist erstens die Novelle des Kita-Gesetzes, Stichworte sind hier beitragsfreies Kindergartenjahr und mehr Qualität u.a. durch Verbesserung der Kinder-zu-Erzieher\*innen-Quote. Das ist zweitens die Erarbeitung eines inklusiven Schulgesetzes, hier gilt es u.a. die UN-Behindertenrechtskonvention endlich umzusetzen. Und drittens sind es die LehrerInnen für Deutsch als Zweitsprache. Für diese wollen wir erreichen, dass deren Verträge nicht automatisch auslaufen, sondern weitere Beschäftigung möglich werden – diese Forderung wurde uns auch in der mehr als acht Stunden andauernden Anhörung des Bildungsausschusses zur Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen immer wieder vorgetragen. Dazu und parallel ist u.a. auch das Azubi-Ticket auf den Weg zu bringen, geht es um die von uns nicht wirklich favorisierte Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer und überhaupt um mehr Lehrkräfte an den Schulen und deren Ausbildung und und und.

Dies schreibe ich als Beispiele für das, was es vorzubereiten und abzustimmen gilt, bevor es als Initiative im Landtag ankommt oder als Entscheidung der Ministerin oder Kompromiss der Koalitionspartner verkündet wird.

Nach wie vor ist unser Verständnis von einer menschenrechtsorientierten Flüchtlingspolitik ein Thema. Und ich gebe zu, dass ich am Freitag mehrfach durchatmen konnte, weil im Bundesrat von den grün mitregierten Ländern das Vorhaben der Bundesregierung gestoppt wurde, die Leistungen für Asylsu-

chende zu stoppen. Weniger erfolgreich waren wir bislang mit der Durchsetzung eines sog. Winterabschiebestopps. Daher werde ich auch am heutigen Abend, den 19.12. gemeinsam mit unserer Grünen Jugend und vielen anderen auf dem Erfurter Anger dafür nochmals meine Stimme erheben.

Laut aktuellem Thüringen-Monitor haben sich 16 Prozent der Befragten schon für Flüchtlinge und Asylsuchende engagiert: Herzlichen Dank an alle jene. Nahezu die Hälfte aller Befragten befürworten jedoch Ausschließung und Rückführung von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Die Autoren der Studie schreiben aber auch: Eine „Überfremdung“ wird von 50 % gesehen, wenn sie auf „die Bundesrepublik“ bezogen wird, von etwa einem Viertel mit Bezug auf Thüringen, aber nur von sieben Prozent mit Bezug auf die eigene Wohnumgebung. Schizophren? Liegt es vielleicht an der geringen Sichtbarkeit und daher geringeren Ablehnung von in der Nähe lebenden Flüchtlingen oder dass es hier keine lange Tradition eines konfliktarmen Zusammenlebens mit Muslim\_innen gibt, wie die Autoren vermuten.

Könnte also durch Un-Bildung die Hetze erklärt werden, deren wir auch im Landtag immer wieder ausgesetzt sind? Was passiert, wenn aus Worten Taten werden, ließ sich in den letzten Wochen verstärkt beobachten: In Weida und Gera wurden Anschläge auf Integrationsvereine verübt, in Sömmerda Flüchtlinge durch die Stadt gejagt, in Erfurt, Weimar oder Gera kommen anders aussehende Menschen ohne deutschen Pass nicht in Clubs oder Diskotheken rein. Sind das unsere künftigen „deutschen Zustände“? Daran will ich nicht glauben und dagegen werde ich mich auch weiter engagieren.

Wie gesagt: Ganz aktuell hat der Bundesrat auch mit den Stimmen unserer Landesregierung die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, mit dem u.a. die Kürzung von Geldleistungen an die Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften kommen sollte, abgelehnt. Ein gutes Zeichen, wie ich meine.

Daran will ich gern anknüpfen.

## **Die Themen dieses Mal:**

- 1) Berichte aus dem Landtag (Plenarsitzungen August bis Dezember)
- 2) Kurz berichtet / Aktuelle Anfragen im Landtag
- 3) Aus dem Erfurter Stadtrat

### **1) Berichte aus dem Landtag**

Zu gleich vier Sondersitzungen kam der Landtag unmittelbar nach der Sommerpause zusammen.



#### **Sonderplenium 1 und 2**

Die ersten beiden Sitzungen fanden gleich am ersten Schultag, am 11. August, statt.

Zunächst ging es um die Errichtung der Thüringer Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie. Unter dem Vorwand der fragwürdigen Vergabe der Stelle durch die Landesregierung an die Antonio-Amadeu-Stiftung ging es der sog. Alternative aber vor allem um eines: Stimmungsmache und die Pflege der eigenen Feindbilder. Denn mit dem Aufbau der Dokumentationsstelle wird ein weiterer Teil des rot-rot-grünen Koalitionsvertrages umgesetzt. Mittlerweile hat die Dokumentationsstelle ihre Arbeit aufgenommen.

Gleichzeitig wollte die AfD das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit so verändert haben, dass es in ihre Ideologie passt – also abschaffen. Beide Anträge wurden, wie auch ein Al-

ternativantrag der CDU zum Landesprogramm mit den Stimmen der Koalition entschieden zurückgewiesen.

Das zweite Sonderplenium am selben Tag hatte die CDU-Fraktion beantragt. Ausgehend von der Rückführung der Horte in die Landeshoheit ging es der CDU darum, ein „Bildungschaos“ zu beenden<sup>1</sup>, ein Chaos allerdings, das sie selbst in den letzten 25 Jahren wesentlich verursacht hat. Natürlich brauchen Schulen Verlässlichkeit und engagierte Lehrer\_innen, deswegen sorgen wir ja gerade für viele hundert Neueinstellungen pro Jahr. Klar ist aber auch, dass nicht alle Versäumnisse aus 25 Jahren unionsgeführter Regierung nach 25 Monaten rot-rot-grün ausgebügelt werden können. Wenn es nach mir ginge, würde Thüringen



noch deutlich mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen, die Finanzministerin sieht das aber anders. Und es braucht auch Reformen für die Zukunft der Thüringer Schullandschaft – seht dazu auch meine Rede über diesen Link: <http://gruenlink.de/1a4n>

Wir wollen zum Beispiel längeres gemeinsames Lernen und mehr Inklusion ermöglichen. Mit letzterem setzen wir internationale Standards und die Maßgaben der UN-Konvention um, müssen aber zugleich dafür sorgen, dass die Voraussetzungen in personeller, räumlicher oder sächlicher Ausstattung der Schulen gegeben sind.

Just an diesem Tag kamen auch die ersten Vorwürfe gegen unseren Minister Dieter Lauinger auf. Es hieß, er hätte seinem Sohn unrechtmäßige Vorteile verschafft, auch dazu nehme ich in meiner Plenarrede Stellung.

### Sonderplenium 3

Nur sechs Tage später kam auf Antrag der Landesregierung erneut der Landtag zu einer Sondersitzung zusammen. Thema war die Aufzeichnung von Telefongesprächsinhalten bei der Thüringer Polizei.

Weil kurz zuvor die Affäre um Justizminister Dieter Lauinger mehr oder weniger konstruiert wurde, gab es zunächst eine längere Debatte um die Tagesordnung. CDU und AfD wollten erzwingen, in dieser Sondersitzung auch noch einen Antrag, Vorwürfe gegen unseren Minister betreffend, zu behandeln. Dies haben die Koalitionsfraktionen abgelehnt. Meine Rede dazu findet ihr hier: <http://gruenlink.de/1a4m>. Gemäß Empfehlung des Ältestenrates des Landtages sollte dieses Thema in einer öffentlichen Sitzung der Ausschüsse für Justiz und für Bildung behandelt werden.

Innenminister Poppenhäger informierte den Landtag ausführlich über die Missstände bei der Polizei. Viele Telefonapparate hätten eine automatische Funktion zum Mithören und Mitschneiden der Gespräche eingebaut und zwar ohne, dass die Sprechenden das auch nur mitbekämen. Seit 1999 sei diese Möglichkeit gegeben. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen haben wir dem Innenminister für die Information gedankt und das Abstellen der Abhöreinrichtungen begrüßt. Der Landtag wird sich in seinen Ausschüssen weiter mit diesem Thema und auch mit einer Software befassen, die auf Computern der Polizei zum Einsatz kam und potentiell zu einer Überwachung der dort Tätigen dienen könnte.



---

<sup>1</sup> Der Antrag trug den Titel „Schluss mit dem Bildungschaos in Thüringen – Schulen brauchen Verlässlichkeit und engagierte Lehrer statt neuer Reform“

## Sonderplenum 4

Das vierte Sonderplenum fand auf Antrag der CDU am 24. August statt. Am Tag zuvor tagten von 15 bis 20 Uhr die beiden Ausschüsse für Justiz und Bildung in gemeinsamer öffentlicher Sitzung, um möglichst alle Fragen zu beantworten. Unser Minister hat in dieser Sitzung eingestanden, für den ersten Anruf sein Diensttelefon benutzt zu haben und sich für diesen Fehler entschuldigt.

Zu den konkreten Geschehnissen um die erst erteilte, dann widerrufenen, dann wieder erteilte Befreiung von den Prüfungen nach der 10. Klasse gab es u.a. einen Beitrag im Newsletter des Landesverbandes.



Es sollte aber offenbar unbedingt eine Sondersitzung des Landtages geben und mittlerweile auch einen Untersuchungsausschuss, alles auf Betreiben der CDU. Einen Zusammenhang mit den Bundestagswahlen im nächsten September zu konstruieren, ist sicher schon deshalb abwegig, weil die erste Sitzung des Untersuchungsausschuss erst im Januar 2017 stattfinden wird und somit der Sommer/Wahltermin auch bald erreicht sein wird...

Ich meine: Nicht viele Minister haben sich bisher am Pult öffentlich entschuldigt, Dieter schon. Hier könnt ihr meine Rede nachschauen: <http://gruenlink.de/1as9>. Wir stehen aber selbstverständlich auch für umfassende Aufarbeitung und so werde ich nun aktiv auch im inzwischen eingerichteten Untersuchungsausschuss für unsere Fraktion arbeiten.

## Plenarsitzung vom 31. August bis 2. September

Die reguläre Plenarsitzung begann mit den Aktuellen Stunden. Vor dem Hintergrund der anstehenden Novelle des Bundesverkehrswegeplanes haben wir die „Mitte-Deutschland-Verbindung elektrifizieren“ zum Thema gemacht und im Landtag für eine Höherstufung der Trasse im Plan geworben.

22 Punkte der Tagesordnung wurden abgearbeitet. Ich versuche einen kurzen Überblick:

Angenommen wurden Initiativen der Landesregierung, so ein Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes, angeschoben wurde eine Änderung des Gleichstellungsgesetzes, des Kindertageseinrichtungsgesetzes oder ein Thüringer Architekten- und Ingenieurkammergesetz und ein Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über das Versorgungswerk der Rechtsanwälte.

Ein Gesetzentwurf der CDU zur Einführung von fakultativen Referenden auf Landesebene wurde behandelt und in die Ausschüsse verwiesen. Wir begrüßen, dass die CDU jetzt, in der Opposition, ihr Herz für Bürgerbegehren entdeckt hat und wünschen uns zugleich ein Entgegenkommen der Union bei der Abschaffung der von ihr eingeführten automatischen Klagepflicht der Landesregierung bei Referenden, die haushaltsrelevant sind. Da diese Regelung in der Landesverfassung steht, sind hier Stimmen von rot-rot-grün und schwarz notwendig.

Abgelehnt wurde unter anderem ein Gesetzentwurf der sogenannten Alternative zum „Schutz des öffentlichen Raumes als Sphäre der Freiheit“, es ging aber nur um ein Burka-Verbot. Kurz zuvor und dabei den richtigen Tagesordnungspunkt verfehlend hatte eine Abgeordnete dieser Fraktion verkleidet mit einem Niqab den Plenarsaal betreten. Offenkundig wollte sie diesen zur Showbühne machen. Eine solche Demonstration von Demokratieunverständnis hatte der Landtag noch nicht gesehen, sie wurde umgehend des Raumes verwiesen. Meine Rede dazu findet Ihr hier: <http://gruenlink.de/1b6z>.



Angenommen wurden dagegen Anträge zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, zur Förderung und Fortbildung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter, oder jener von uns zur Weiterentwicklung des Weimarer Dreiecks zu einem breiten zivilgesellschaftlichen Dialog.

Nach einer langen Debatte wurde der Antrag „Drei Außenstellen der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Erfurt, Gera und Suhl erhalten“ der CDU mit großer Mehrheit angenommen. Wir streben dabei weiterhin an, zugleich die Initiativen und die historischen Orte der Verfolgung zu stärken, wie den Amthordurchgang in Gera und die Andreasstraße in Erfurt. Es sollte möglich sein, die drei Außenstellen der Behörde des Bundesbeauftragten enger mit den historischen Orten in Gera, Erfurt und Suhl (ehemalige MfS-Haftanstalt in der Neundorfer Straße) zu verknüpfen.

Als letztes Thema wurde unser Antrag zu Photovoltaikanlagen für landeseigene Immobilien ebenfalls angenommen.

### Plenarsitzungen 28. bis 30. September

Nur vier Wochen später trat der Landtag erneut zusammen. Im Rahmen der Aktuellen Stunden hatten wir angesichts der seit letzter Woche feststehenden Fusion von Bayer und Monsanto das Thema „Megafusion der Agrarkonzerne – Gefahr für die Gentechnikfreiheit Thüringens“ aufgerufen.



24 Punkte einer weit längeren Tagesordnung wurden an den drei Tagen abgearbeitet. Ich versuche erneut eine kurze Zusammenfassung:

Verabschiedet wurde ein Gesetz der Landesregierung zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene. Angeregt vor allem von Mehr Demokratie Thüringen e.V. wurden unter anderem Ratsbegehren ermöglicht und Erstattungen für mit Begehren verbundene Aufwendungen geregelt. Auf Antrag der CDU-Fraktion wurde der schon im August angekündigte Untersuchungsausschuss zu möglichem „Fehlverhalten der Thüringer Landesregierung in der ‚Lauinger-Affäre‘“ eingesetzt. Ich durfte dazu im Landtag reden: <http://gruenlink.de/1b71>, und werde in Zukunft in dem Untersuchungsausschuss mitwirken. Ich freue mich, dass ich mit Sybille Mattfeld-Kloth (Bild) eine erfahrene Referentin gefunden habe, die mir in dem Ausschuss zur Seite stehen wird. Willkommen in unserem Team! Klar ist mir schon jetzt: Dieser Ausschuss wird sich bis zur Bundestagswahl hinschleppen und keine neuen Erkenntnisse bringen.



Angenommen wurde mit den Stimmen unserer Koalition eine Änderung des Gleichstellungsgesetzes. Großen Klamauk veranstaltete wieder die sogenannte Alternative, diesmal mit einem Antrag zu einem „Neutralitätsgesetz“. Dieser Gesetzentwurf sollte aber weltanschauliche und interreligiöse Konflikte nicht entschärfen, sondern vielmehr durch die Debatte weitere Konflikte geschürt werden, habe ich in meinem Beitrag dazu ausgeführt, hier zum Nachschauen: <http://gruenlink.de/1b72>.

Mit den Stimmen der Koalition von #r2g wurde das Gesetz zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene verabschiedet.

## Plenarsitzungen 9. bis 11. November

Die Geschäftsordnung des Landtages legt fest, dass Gesetze mit Vorrang behandelt werden sollen, dementsprechend stehen sie zeitig auf der Tagesordnung. Wir haben u.a. das „Gesetz zur Änderung bestattungsrechtlicher und waldrechtlicher Vorschriften“ beschlossen und damit den Weg für Bestattungen unter Bäumen in sog. Friedwäldern geebnet. Beschlossen wurde zudem eine Änderung des Blindengeldgesetzes, damit erhöhen wir das Landesblindengeld in drei



Stufen bis Mitte 2018 um rund 48 % auf 400 Euro, was etwa dem Bundesdurchschnitt entspricht.

Das unsägliche „Neutralitätsgesetz“ wurde in zweiter Lesung endgültig abgelehnt. Meine Plenarrede kann man bei Interesse mit dem Link nachschauen: <http://gruenlink.de/1b78>. Angenommen wurde ein Antrag von r2g zu „500 Jahre Reformation“ zur Stärkung des Tourismus in Thüringen.



Der Donnerstag stand nach einer Regierungserklärung des Innenministers ganz im Zeichen einer langen und erbitterten

Debatte zur Kreisgebietsreform. Erneut gab es von der Regierung und auch von uns das Angebot eines konstruktiven Dialoges über die Reformen an die CDU. Erneut wurde dieses Angebot zurückgewiesen, weil man die Reformen prinzipiell nicht wollte, schade.

Erst danach folgten dieses Mal die Aktuellen Stunden. Unsere Fraktion hatte mit den „Auswirkungen des `Suedlink` auf Thüringen – Netzausbau ausgewogen gestalten“ ein brisantes Thema angesprochen. Wir sind ganz klar der Ansicht, dass diese Trasse nicht durch Thüringen gehen darf, da u.a. gerade besonders sensible und unzerschnittene Naturräume am Grünen Band beschädigt werden würden.

**POLITISCHE KULTUR  
IM FREISTAAT THÜRINGEN**



Gemischte Gefühle:  
Thüringen nach der „Flüchtlingskrise“

In der November-Sitzung des Landtages erfolgt zudem die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum aktuellen Thüringen-Monitor mit anschließender Plenardebatte.

Der diesjährige Monitor heißt nicht ohne Grund: Gemischte Gefühle: Thüringen nach der "Flüchtlingskrise": <http://gruenlink.de/12g4>. Er zeigt auf, dass die zunehmende Polarisierung der politischen Auseinandersetzung in Deutschland

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2016

die Menschen verunsichert. Das stellt eine große Herausforderung für uns Politikerinnen und Politiker dar: Wir müssen unser Handeln verständlich erklären. Die Debatten müssen wieder mehr auf realen statt gefühlten Wahrheiten basieren. Die Menschen wollen an Entscheidungen beteiligt werden. Sie wollen auch weiterhin Geflüchteten Asyl gewähren, dies aber nach klaren Regeln. Auch die Befürwortung eines Einwanderungsgesetzes werden wir erneut aufgreifen.

Beschlossen wurde im Landtag ferner die mittelfristige Finanzplanung für Thüringen bis 2020, einer der Gründe, weshalb unsere Landesregierung weiter auf Reformkurs bleiben muss.

## Plenarsitzungen 7. bis 9. Dezember

Die Tagesordnung dieser Landtagssitzung sah 41 Punkte vor, manche bis c oder sogar e untergliedert, etwa die Hälfte konnte abgearbeitet werden.

In den Aktuellen Stunden hatten wir das Thema „Kinderrechte ins Grundgesetz“ aufgerufen, um die Unterstützung Thüringens für eine Bundesratsinitiative zu begründen. Meinen Beitrag dazu könnt ihr hier nachschauen: <http://gruenlink.de/1b79>.

Mehrere Gesetzesinitiativen wurden beschlossen, so u.a. das Gesetz zu Grundsätzen der Funktional- und Verwaltungsreformen. Nach einer umfangreichen Anhörung ist damit das ergänzende Paket zu den Gebietsreformen auf den Weg gebracht. Beschlossen wurden auch Gesetze zu energetischen Sanierungen oder zur psychosozialen Prozessbegleitung im Strafverfahren.



Wir haben es auch geschafft, einen weiteren für mich wichtigen Punkt des #r2g-Koalitionsvertrages abzuarbeiten – die Erwachsenenbildung wurde mit der Novelle des Gesetzes und der nun folgenden deutlich besseren finanziellen Ausstattung aller Träger als 4. Säule des Bildungssystems gestärkt. Meine Rede dazu, in der ich auf einzelne Aspekte des Gesetzes eingehe, könnt ihr über den Link nachschauen: <http://gruenlink.de/1b7a>.

Schließlich wurde im Landtag auch wieder gewählt, nämlich die Vertreter des Freistaates in der 16. Bundesversammlung, die den nächsten Bundespräsidenten wählen wird. Für den einen Platz, den wir besetzen können, entsenden wir die Sprecherin der Grünen Jugend, Laura Wahl, nach Berlin, die diese sicher „rocken“ wird. 😊

Auf den Weg gebracht durch erste Lesungen im Landtag wurden u.a. eine Novelle des Kommunalabgabengesetzes und eine Initiative zur Ausweisung des Grünen Bandes als Nationales Naturmonument, ein Antrag der Koalitionsfraktionen.

Lange debattierte der Landtag am dritten Sitzungstag über die Einrichtung einer Enquete-Kommission zur Auseinandersetzung mit Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Thüringen, insbesondere ging es um Begrifflichkeiten und den Auftrag der Kommission. Im Interesse einer vom Landtag breit getragenen Kommission und um eine Verständigung dazu mit der CDU herbeizuführen, wurde der Antrag vertagt.

In den letzten Debatten ging es um die Abschaffung der Rundfunkbeiträge, den Beitrag Thüringens zur Umsetzung des Weltklimavertrags und eine Änderung der Geschäftsordnung. Das von uns gewünschte öffentliche Tagen von Ausschüssen, wie in manche anderen Ländern praktiziert, ließ sich leider erneut nicht durchsetzen.

Die nächsten **Plenarsitzungen** des Landtages finden vom 25. - 27. Januar 2017 statt.

## 2) Kurz berichtet

- Zum 7. Mal haben wir uns rund um den 13. August mit vielen begeisterten Fahrradfahrer\_innen aufgemacht, unsere Grenzen zu erfahren und radelten auf der ehemaligen innerdeutschen Grenze, vom Drei-Freistaaten-Stein via Naila und Probstzella durch das Schiefergebirge und den Frankenwald. Es war eindrucksvoll und anspruchsvoll. Lest hier den Bericht: <http://gruenlink.de/1b7c>. Die nächste Tour ist schon in der





Planung! Merkt Euch das Wochenende vom 11.-13. August 2017 vor.

- Fokus Jugendpolitik – Gemeinsam Jugendpolitik gestalten - war eine spannende und sehr gut besuchte Fachtagung mit Vorträgen und Workshops im September im Landtag. Erste Ergebnisse flossen schon in einen Landtagsantrag von #r2g zu einer eigenständigen Jugendpolitik in Thüringen ein. Seht hier ein Video: <http://gruenlink.de/1b7d>.
- Frau sucht Frau: Demokratie geht nur geschlechtergerecht. Frau sucht andere Frauen für die LAG Frauen. Bei Interesse bitte melden!
- Weida, Bad Köstritz und Gera waren meine Ziele am 25. August. Es ging um Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten, Betreuung und Beschulung von sog. schulabstinenten Kindern und Jugendlichen, die dort wieder Zugang zum Lernen finden und die extreme Rechte in Thüringen. Nebenher habe ich noch eine Fledermaus gerettet. Impressionen gibt es hier: <http://gruenlink.de/1b7e>

- Die Filme zur extremen Rechten in Thüringen „... keinen Meter deutschen Boden ...“ haben wir auch in Weimar gezeigt. Bei der rot-rot-grünen Veranstaltung in Kooperation mit Mobit und den Filmpiraten sowie dem Weimarer Bürgerbündnis gegen Rechts am 15. November reichte das Kino im mon ami gerade so für alle Interessierten aus. Wenn ihr die Filme bei euch vor Ort ebenfalls zeigen wollt und Unterstützung benötigt, bitte meldet Euch.
- Am 18. November war ich Beobachterin einer Verhandlung vor dem Landgericht Erfurt. Die Jenaer Sicherheitsfirma Schild-Security hatte den Weimarer Kreisverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verklagt auf Unterlassung. Es ging um eine Pressemitteilung der Stadtratsfraktion, in dem diese u.a. ausführte, dass die Firma Personen mit rechtsextremem Hintergrund beschäftigt hat. Die Firma hatte nun eine Selbstverpflichtung vorgelegt, die alle Mitarbeiter unterschrieben haben sollen. Damit verpflichten sich alle Mitarbeiter, nicht Mitglied einer rechtsextremen Vereinigung zu sein und kein rassistisches, antisemitisches oder diskriminierendes Gedankengut während der Ausübung ihrer Tätigkeit als auch im privaten Bereich zu vertreten. Mit dieser Erklärung zeigten sich auch die



Beklagten zufrieden. Gut ist, dass die Firma sich ihrer Verantwortung stellt. Klar ist auch auch, wir werden die Firma weiterhin beobachten. Dies auch vor dem Hintergrund, dass sie Zeugen aufbieten wollten, die ich eindeutig der rechtsextremen Szene zuordnen würde. Die

Erklärung des Kreisverbandes findet sich hier: <http://gruenlink.de/1b7k>

- Hinweisen möchte ich auf ein Papier des Institutes Solidarische Moderne. Unter dem Titel „Das Unmögliche versuchen“ finden sich hier Thesen zu r2g und einer neuen linken Mehrheit in Deutschland, Ihr findet es u.a. auf meiner Homepage: <http://www.rothe-beinlich.de/8095774.html>.
- Die Landesdelegiertenkonferenz in Bad Langensalza hatte ein großes Programm zu bewältigen. Beschlüsse wurden u.a. gefasst zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform, zum Klimaschutzland Thüringen, zur Einführung übergreifender Sozialtickets oder zu Bahnstrecken. Gewählt wurde die Landesliste zur Bundestagswahl. Damit starten wir nun in die kommende Bundestagswahl im September 2017. Ich freue mich auf den Wahlkampf mit Euch für starke Grüne im Bund.





## Aktuelle Anfragen im Landtag

... gern. auch zu den Themen, die Euch bewegen. Mit Klick auf die Anfragen lassen sie sich als pdf herunterladen, mit Antworten, soweit schon vorliegend.

- Ich hatte auch aufgrund von Erfahrungen aus Erfurt zur Anrechnung von Sonderzahlungen bei Beschäftigten in geschützten Werkstätten nachgefragt: <http://gruenlink.de/1b7f>. In der Stadt Erfurt wird diese Anrechnung auf grüne Initiative hin nun anders gehandhabt, die Betroffenen dürfen von ihren 25 Euro Weihnachtsgeld mehr als nur 8 Euro anrechnungsfrei behalten.
- Auf das Ladenlokal des Migrations- und Integrationsvereins in Weida gab es Anfang Oktober einen gezielten Anschlag, die Fensterscheiben aus Sicherheitsglas wurden mit schwerem Werkzeug zertrümmert. Dazu meine Anfrage: <http://gruenlink.de/1b7i>
- Entwickelt sich Ostthüringen wieder zu einem Herd rechtsextremer Gewalttaten? Der Sprengstoffanschlag auf die Geschäftsstelle des Akzeptanz e.V. könnte ein Zeichen dafür sein. Hier meine Anfrage dazu aus der letzten Woche: <http://gruenlink.de/1b7j>

## 3) Aus dem Erfurter Stadtrat

Der Erfurter Stadtrat tagte regelmäßig und hatte einige große Themen abzuarbeiten. Die größte Schwierigkeit liegt einer angespannten Finanzsituation. Seit Donnerstag letzter Woche haben wir nun ein Haushaltssicherungskonzept und das dank r2g ohne Kürzungen in den Bereichen Jugend und Kultur. Durch die Umsetzung des Konzeptes sollen in den nächsten sieben Jahren rund 100 Mio. Euro gespart werden.



An dieser Stelle will ich nur noch auf ein Thema eingehen. Ihr habt sicher mitbekommen, dass die Ahmadiyya Muslim-Gemeinde in Erfurt eine Moschee bauen will. Zuletzt hatte die Gemeinde eine Bauvoranfrage gestellt und nun seitens der Erfurter Stadtverwaltung bestätigt bekommen, dass es in Erfurt-Marbach auf dem angefragten Grundstück prinzipiell zulässig wäre, eine Moschee zu bauen. In einem nächsten Schritt kann die Gemeinde nun einen Bauantrag stellen.

Die AfD macht schon einige Zeit mit einer unsäglichen Kampagne dagegen mobil. So gibt es u.a. eine Petition an den Landtag. Zu dieser Petition wird es am 24. Januar, ab 17 Uhr eine öffentliche Anhörung des Petitionsausschusses im Landtag geben. Dort wird sicher versucht werden, möglichst viele Rechtspopulisten und Feinde der Religionsfreiheit aufzubieten.

Für die Teilnahme an der Anhörung muss man sich vorher anmelden. Dazu schickt Ihr bitte eine Nachricht mit Geburtsdatum, Ausweisnummer und Adresse an [ines.birkmann@gruene-fraktion.thueringen.de](mailto:ines.birkmann@gruene-fraktion.thueringen.de).

Denn es gilt: Wo Plätze besetzt sind, ist kein Platz mehr für Rechte.

## **Liebe Freundinnen und Freunde,**

ich wünsche Euch besinnliche Feiertage und einen guten Start in ein hoffentlich friedlicheres Neues Jahr.

Nutzt die Zeit für Eure Lieben und die Dinge, die Euch Freude bereiten. Mein Team und ich werden selbiges tun.

*Wenn Ihr Ideen, Wünsche, Anregungen oder Kritik für unsere Arbeit habt, lasst es mich bitte wissen.*

*Ich komme gern zu Euch und auch Ihr seid mir – nicht nur in meinen Büros - sondern auch sonst - stets willkommen.*

Herzlich grüßt Euch Eure



*Astrid Rothe-Beinlich*



---

### Kontakt und Impressum:

Abgeordnetenbüro in Weimar: Burgplatz 5, 99423 Weimar; T: +49(0)3643/ 9007850, F: +49(0)3643/ 493689,

Mail: [weimar@rothe-beinlich.de](mailto:weimar@rothe-beinlich.de)

Abgeordnetenbüro in Gera : Heinrichstraße 50, 07545 Gera; T: +49(0)365/ 55 146 65,

Mail: [gera@rothe-beinlich.de](mailto:gera@rothe-beinlich.de)

Abgeordnetenbüro in Mühlhausen: Herrenstr. 21, 99974 Mühlhausen; T: +49(0)3601/ 993709

Mail: [muehlhausen@rothe-beinlich.de](mailto:muehlhausen@rothe-beinlich.de)

Herausgeberin: Astrid Rothe-Beinlich, MdL

Büroleitung und Redaktion des Newsletters: Andreas Leps

Bildquellen: Grüne Landtagsfraktion, Andreas Hundertmark, TMIK, Eigenes Archiv